

Die Gemeinden Maitenbeth und Isen schließen sich gemäß Art. 17 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl S. 555, 1995 S. 98, BayRS 2020-6-1-I), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 9. März 2021 (GVBl S. 74) zu einem Zweckverband zusammen und vereinbaren folgende

Verbandssatzung

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Rechtsstellung

- (1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband zur Wasserversorgung der Mittbachgruppe“. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Kurzbezeichnung lautet: WZV der Mittbachgruppe.
- (2) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Maitenbeth.

§ 2 Verbandsmitglieder

- (1) Verbandsmitglieder sind der Markt Isen und die Gemeinde Maitenbeth.
- (2) Andere Gemeinden können dem Zweckverband beitreten. Der Beitritt bedarf einer Änderung der Verbandssatzung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (3) Jedes Verbandsmitglied kann zum Schluss eines Rechnungsjahres aus dem Zweckverband austreten, wenn die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl zustimmt. Der Austritt muss mindestens ein Jahr vorher schriftlich erklärt werden; er bedarf einer Änderung der Verbandssatzung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Das Recht, aus wichtigem Grund zu kündigen (Art. 44 Abs. 3 KommZG), bleibt unberührt.

§ 3 Räumlicher Wirkungsbereich

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfaßt die Gebiete der Mitglieder.

1. aus dem Gebiet des Marktes Isen:
die Gemarkungen Westach, Schnaapping, Thonbach und Mittbach.
Ausgenommen aus der Gemarkung Westach sind Altwegring Nr. 1 bis 42, ohne Nrn. 16 a, 18 a, 18 b und c, Am Bühel, Am Isental, Am Sandberg, Feldstraße, Gänsbach, Gartenstraße, Haager Straße Nr. 25, 27, 29, 31, 33, 34, Hochstraße, Lengdorfer Straße, Münchner Straße, Rosenberg Nr. 5, Sollach, südlich Am Isental, südlich Manhartstraße, Steinackerweg und Steinlandstraße. Diese Gebiete sind im Lageplan M 1:10.000, der Bestandteil dieser Satzung ist, rot schraffiert eingetragen.
2. aus der Gemeinde Maitenbeth:
Das gesamte Gebiet mit Ausnahme des Anwesens Pointner Nr. 2
3. Betrieb der Wasserversorgung nach § 4a – aus dem Gebiet des Marktes Isen:
Das gesamte Gemeindegebiet mit Ausnahme der unter Nr. 1 Satz 1 genannten Gemeindeteile.

§ 4 Aufgaben des Zweckverbandes und der Verbandsmitglieder

- (1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, eine gemeinsame Wasserversorgungsanlage einschließlich der Ortsnetze zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten, die Anlage im Bedarfsfall zu erweitern und bereits vorhandene Ortsnetze zu übernehmen; er versorgt die Endverbraucher mit Trinkwasser, das den einschlägigen DIN-Vorschriften entsprechen muss.

- (2) Der Zweckverband erfüllt seine Aufgabe ohne Gewinnabsicht. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts.
- (3) Das Recht und die Pflicht der Verbandsmitglieder, die dem Zweckverband übertragenen Aufgaben zu erfüllen, und die notwendigen Befugnisse gehen auf den Zweckverband über.
- (4) Der Zweckverband hat das Recht, an Stelle der Verbandsmitglieder Satzungen und Verordnungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen.
- (5) Die Verbandsmitglieder sichern und überwachen in ihrem Gebiet die Versorgungsanlagen des Zweckverbandes nach dessen Richtlinien. Sie halten die für den Feuerschutz eingebauten Anlagenteile auf ihre Kosten gebrauchsfähig.
- (6) Der Zweckverband liest die Wasserzähler ab. Die Kosten für die Zählerablesung werden vom Zweckverband übernommen.

§ 4 a Technische Betriebsführung auf dem Gebiet des Marktes Isen

- (1) Aufgabenabgrenzung des Zweckverbands und seiner Mitglieder
 Der Wasserzweckverband übernimmt im Rahmen eines Betriebsüberganges i. S. des § 613a BGB vom Markt Isen innerhalb des in § 3 Nr. 3 genannten räumlichen Wirkungskreises die Aufgabe des Betriebs auf dem Gebiet der Wasserversorgung. Die fachspezifischen Aufgaben der technischen Betriebsführung umfassen auch alle damit verbundenen Verwaltungs- und Bürotätigkeiten.
 Das Recht und die Pflicht des Marktes Isen, die dem Wasserzweckverband übertragenen kommunalen Aufgaben zu erfüllen und die notwendigen Befugnisse gehen auf den Wasserzweckverband über.
 Der Markt Isen stellt seine Straßen, öffentlichen Anlagen und die sonstigen seinem Verfügungsrecht unterliegenden Grundstücke dem Wasserzweckverband kostenlos zur Verfügung, soweit dies für die übertragenen Aufgaben erforderlich ist.
 Beim Markt Isen verbleiben grundsätzlich das Eigentum an den Gewinnungsanlagen und dem Verteilnetz und damit die Trägerschaft an der gesamten technischen Einrichtung der öffentlichen Wasserversorgung,
 - a) die zeitliche und fachliche Abstimmung mit sonstigen kommunalen Erschließungsmaßnahmen,
 - b) die Steuerpflicht sowie die steuerliche Abzugsberechtigung, sowie
 - c) die Satzungsheftigkeit, insbesondere die Gebühren- und Beitragshoheit einschließlich Festsetzung und Anforderung,
 - d) die gesetzlich vorgeschriebenen wassertechnischen Kontrollaufgaben in den öffentlichen Gebäuden (z. B. Legionellen-Untersuchung).
 Der Markt Isen trägt die mit Satz 1 verbundenen Kosten unmittelbar.
- (2) Aufgaben des Zweckverbands
 Der Wasserzweckverband übernimmt vom Markt Isen die Aufgabe des Betriebs der Wasserversorgung nach den anerkannten Regeln der Technik.
 Der Betrieb umfasst insbesondere
 - a) die Durchführung von Netzsanierungs- und Neubaumaßnahmen sowie Netzausbaumaßnahmen, inklusive der Erschließung von Neubaugebieten, nach Genehmigung durch den und in enger Abstimmung mit dem Markt Isen;
 - b) die Infrastruktur für die Abgabe von Trink- und Brauchwasser entsprechend den einschlägigen Verordnungen und anerkannten Regeln der Technik an die Endabnehmer im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten,
 - c) den Anschluss von Anlagen zum Bezug von Bauwasser oder sonstigen vorübergehenden Zwecken samt Rückbau,
 - d) den 24 h-Rufbereitschaftsdienst für Störungsmeldungen und -beseitigungen aller Art über die Meldestelle Waldwasser,
 - e) den 24 h-Bereitschaftsdienst für die Behebung von Wasserrohrbrüchen,
 - f) die Gewährleistung des laufenden Unterhaltes an den Anlagen der Infrastruktur in dem Umfang, wie er für den Markt Isen keine grundsätzliche Bedeutung hat und

regelmäßig wiederkehrender Art ist; für die Instandhaltung der Gebäude und Grundstücke ist der Markt Isen weiterhin zuständig,

- g) die Herstellung der Hausanschlüsse einschließlich Unterhalt, Verbesserung, Erneuerung, Änderung, Abtrennung und Beseitigung nach dem Satzungsrecht des Marktes Isen,
- h) die Zulassung, Inbetriebsetzung und Überprüfung der Anlagen der Grundstückseigentümer nach dem Satzungsrecht des Marktes Isen,
- i) die Lieferung, Aufstellung, technische Überwachung, Unterhaltung, Auswechslung, Entfernung und soweit notwendig das Ablesen der Wasserzähler nach dem Satzungsrecht des Marktes Isen,
- j) fachliche Veranlassungen gegenüber den Grundstückseigentümern,
- k) schriftliche Meldung von Störungstatbeständen, welche eine Anordnung im Einzelfall bzw. Zwangsmittel gegenüber Endabnehmern erforderlich machen, an den Markt Isen,
- l) die Sicherstellung und Wartung von Notverbänden mit benachbarten Wasserversorgungsunternehmen,
- m) die fachliche Umsetzung von Sondervereinbarungen zwischen dem Markt Isen und den Wasserabnehmern,
- n) schriftliche Meldung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne des jeweiligen Satzungsrechtes an den Markt Isen,
- o) den Einbau von leitungsgebundenen Anlageteilen, welche auch dem Feuerschutz dienen, samt Mängelbeseitigung,
- p) die Maßnahmen zur Sicherstellung der Gebrauchsfähigkeit der Hydranten zur Löschwasserentnahme,
- q) einen jährlichen Fachbericht über den Anlagenzustand gegenüber dem Markt Isen,
- r) fachliche Beratungen und
- s) Sonderkontrollen und Wartungen an Gewinnungsanlagen, soweit diese nicht oder nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen.

Beschaffungen und Auftragsvergaben bis 10.000 € netto dürfen ohne vorherige Rücksprache erfolgen, ebenso dürfen alle Auftragsvergaben zur Gefahrenabwehr unmittelbar erfolgen; in diesen Fällen ist der Markt Isen anschließend unverzüglich zu informieren.

Zu den Anlagen gehören alle zentralen Einrichtungen samt technischen Einbauten und Steuerungen sowie die örtlichen Verteilnetze mit Übergabestellen, welche der Wasserversorgung dienen.

Der Markt Isen stellt dem Wasserzweckverband sämtliche verfügbaren Plandaten in analoger und digitaler Form zu den Anlagen, die der Betriebsführung durch den Zweckverband unterliegen, laufend kostenfrei zur Verfügung.

Ebenso stellt der Wasserzweckverband dem Markt Isen sämtliche verfügbaren Plandaten in analoger und digitaler Form zu den Anlagen, die der Betriebsführung durch den Zweckverband unterliegen, laufend kostenfrei zur Verfügung.

II. Verfassung und Verwaltung

§ 5 Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorsitzende

§ 6 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten.
- (2) Die Zahl der Vertreter, die ein Verbandsmitglied in die Verbandsversammlung entsendet, richtet sich nach der in seinem Gebiet abgenommenen jährlichen Wassermenge, wobei je 28.000 cbm das Recht ergeben, einen weiteren Vertreter in die Verbandsversammlung zu

entsenden. Jedes Verbandsmitglied entsendet mindestens einen Verbandsrat. Die Berechnung wird alle sechs Jahre nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen sechs Jahre neu vorgenommen.

- (3) Jeder Verbandsrat hat einen Stellvertreter für den Fall seiner Verhinderung; Verbandsräte können nicht Stellvertreter sein. Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter sind von den Verbandsmitgliedern dem Verbandsvorsitzenden - ist ein solcher noch nicht gewählt, der Aufsichtsbehörde - schriftlich zu benennen. Beamte und Angestellte des Zweckverbandes können nicht Mitglieder der Verbandsversammlung sein.
- (4) Für Verbandsräte, die kraft ihres Amtes der Verbandsversammlung angehören, endet das Amt als Verbandsrat, mit dem Ende ihres kommunalen Wahlamts; Entsprechendes gilt für ihre Stellvertreter. Die anderen Verbandsräte und ihre Stellvertreter werden durch Beschluss der Vertretungsorgane der Verbandsmitglieder bestellt, und zwar für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungsorgane, wenn Mitglieder dieser Organe bestellt werden, andernfalls für sechs Jahre. Die Bestellung nach Satz 2 kann durch Beschluss der Vertretungsorgane aus wichtigem Grund widerrufen werden; sie ist zu widerrufen, wenn ein Verbandsrat, der dem Vertretungsorgan eines Verbandsmitglieds angehört, vorzeitig aus dem Wahlamt oder der Vertretungskörperschaft ausscheidet. Die Verbandsräte und ihre Stellvertreter üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Verbandsräte weiter aus.

§ 7 Einberufung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung tritt auf schriftliche oder elektronische Einladung des Verbandsvorsitzenden zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsräten spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf vierundzwanzig Stunden abkürzen.
- (2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn es ein Drittel der Verbandsräte, die Aufsichtsbehörde, das Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft, München oder das Wasserwirtschaftsamt beantragt; im Antrag sind die Beratungsgegenstände anzugeben.
- (3) Die Aufsichtsbehörde und das Wasserwirtschaftsamt sind von der Sitzung zu unterrichten. Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 8 Sitzungen der Verbandsversammlung

- (1) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor. Er leitet die Sitzung und handhabt die Ordnung während der Sitzung.
- (2) Die Vertreter der Aufsichtsbehörde und des Wasserwirtschaftsamtes, der/die Betriebsleiter/in und der/die Kassenverwalter/in und haben das Recht, an den Sitzungen beratend teilzunehmen. Auf Antrag ist ihnen das Wort zu erteilen. Die Verbandsversammlung kann auch andere Personen hören.

§ 9 Beschlüsse und Wahlen in der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Verbandsräte anwesend und stimmberechtigt ist. Über andere als in der Einladung angegebene Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn alle anwesenden Verbandsräte mit einer Beschlussfassung einverstanden sind.
- (2) Wird die Verbandsversammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf der persönlichen Beteiligung der Mehrheit der Verbandsräte beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig; auf diese Folge ist in der zweiten Ladung ausdrücklich hinzuweisen.
- (3) Soweit das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit oder diese Verbandsatzung nicht etwas anderes vorschreiben, werden die Beschlüsse der Verbandsversammlung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst; es wird offen abgestimmt. Jeder

Verbandsrat hat eine Stimme. Solange ein Verbandsmitglied keine anderen Vertreter bestellt hat, übt der erste Bürgermeister das Stimmrecht aller Vertreter aus. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Kein Verbandsrat darf sich der Stimme enthalten; enthält sich ein Verbandsrat trotzdem der Stimme, so zählt er nicht zu den Abstimmenden.

- (4) Bei Wahlen gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend; die Vorschriften über die persönliche Beteiligung finden keine Anwendung. Es wird geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los. Haben im ersten Wahlgang drei oder mehr Bewerber die gleiche Anzahl von Stimmen erhalten, so entscheidet das Los, welche Bewerber in die Stichwahl kommen. Hat ein Bewerber die höchste, zwei oder mehrere Bewerber die gleiche nächst höhere Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, wer von diesen in die Stichwahl mit dem Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl kommt.
- (5) Die Beschlüsse und Wahlergebnisse sind unter Angabe von Tag und Ort der Sitzung, der Namen der anwesenden Verbandsräte, der behandelten Gegenstände und der Abstimmungsergebnisse (Stimmenverhältnis) in ein Beschlussbuch einzutragen und von dem Verbandsvorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Als Schriftführer kann eine Dienstkraft des Zweckverbandes oder eines Verbandsmitgliedes, soweit dieses zustimmt, zugezogen werden. Verbandsräte, die einem Beschluss nicht zugestimmt haben, können bis zum Schluss der Sitzung verlangen, dass das in der Niederschrift vermerkt wird. Abschriften der Niederschrift sind unverzüglich den Verbandsmitgliedern und der Aufsichtsbehörde zu übermitteln.

§ 10 Zuständigkeit der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist ausschließlich zuständig für
 1. die Entscheidung über die Errichtung und die wesentliche Erweiterung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen;
 2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen;
 3. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung
 4. die Beschlussfassung über den Stellenplan für die Dienstkräfte;
 5. die Feststellung und endgültige Anerkennung des Jahresabschlusses und die Entlastung,
 6. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter und die Festsetzung von Entschädigungen;
 7. die Bildung, Besetzung und Auflösung weiterer Ausschüsse;
 8. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung;
 9. den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Betriebsordnung;
 10. die Beschlussfassung über die Änderung der Verbandssatzung, die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt ferner über die anderen ihr im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen Gegenstände. Sie ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über
 1. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken;
 2. den Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Zweckverband Verpflichtungen in Höhe von mehr als 20.000 € mit sich bringen;
 3. den Gesamtplan der im Rechnungsjahr oder in mehreren Rechnungsjahren durchzuführenden Unterhaltungsarbeiten.

§ 11 Rechtsstellung der Verbandsräte

- (1) Die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.

- (2) Verbandsräte, die Kraft ihres Amtes der Verbandsversammlung angehören, erhalten Auslagenersatz gemäß der Entschädigungssatzung des Zweckverbandes.
- (3) Die bestellten Verbandsräte erhalten eine Entschädigung gemäß der Entschädigungssatzung des Zweckverbandes.

§ 12 Zusammenstellung des Verbandsausschusses/Werkausschusses

Entfällt

§ 13 Sitzungen und Beschlüsse des Verbandsausschusses/Werkausschusses

Entfällt

§ 14 Zuständigkeit des Verbandsausschusses/Werkausschusses

Entfällt

§ 15 Wahl des Verbandsvorsitzenden

- (1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte gewählt. Der Verbandsvorsitzende soll der gesetzliche Vertreter eines Verbandsmitglieds sein.
- (2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden auf die Dauer von sechs Jahren, sind sie als Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, auf die Dauer dieses Amtes gewählt. Sie üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden weiter aus.

§ 16 Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

- (1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.
- (2) Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und erledigt in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung kraft Gesetzes dem ersten Bürgermeister zukommen. Er erfüllt die ihm im Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit zugewiesenen weiteren Aufgaben. Insbesondere ist er berechtigt, für den Zweckverband dringende Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen.
Hiervon hat er der Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.
- (3) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden unbeschadet des § 10 Abs. 1 weitere Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung zugewiesen werden.
- (4) Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse seinen Stellvertretern und laufende Verwaltungsangelegenheiten Dienstkräften des Zweckverbandes oder mit Zustimmung eines Verbandsmitgliedes dessen Dienstkräften übertragen.
- (5) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Das gilt nicht bei Geschäften, die für den Zweckverband einmalige Verpflichtungen von nicht mehr als 500 Euro mit sich bringen.

§ 17 Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Unbeschadet des § 11 erhält der Verbandsvorsitzende für seine Tätigkeit nach § 13 eine Aufwandsentschädigung, ebenso der Stellvertreter nach Maß seiner besonderen Inanspruchnahme. Die Höhe der Entschädigung regelt die Entschädigungssatzung des Zweckverbandes.

§ 18 Dienstkräfte des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein. Der Verbandsvorsitzende führt die Dienstaufsicht über die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Zweckverbandes.
- (2) Die Verbandsversammlung bestellt keinen Geschäftsleiter. Die Geschäftsstelle wird durch den Verbandsvorsitzenden geführt.

III. Wirtschafts- und Haushaltsführung

§ 19 Anzuwendende Vorschriften

- (1) Auf die Wirtschafts- und Haushaltsführung des Zweckverbandes finden die Vorschriften für die Eigenbetriebe der Gemeinden, Landkreise und Bezirke entsprechende Anwendung.
- (2) Nicht zur Anwendung kommen folgende Vorschriften der EBV:
 1. § 19 EBV Zwischenberichte
 2. § 25 EBV Prüfung des Jahresabschlusses

§ 20 Haushaltssatzung

- (1) Die Haushaltssatzung enthält:
 - a) die Festsetzung der Abschlusszahlen des Wirtschaftsplans getrennt nach Erfolgsplan und Finanzplan,
 - b) die Angaben über die Umlagefestsetzung,
 - c) die Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite,
 - d) die Festsetzung des Höchstbetrages der Darlehen zur Finanzierung des Finanzplanes
- (2) Der Entwurf der Haushaltssatzung ist den Verbandsmitgliedern spätestens vier Wochen vor der Beschlussfassung in der Verbandsversammlung zu übermitteln.
- (3) Die Haushaltssatzung ist spätestens einen Monat vor Beginn des Rechnungsjahres zu beschließen und mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) Die Haushaltssatzung wird, wenn rechtsaufsichtliche Genehmigungen erforderlich sind, nach Erteilung der Genehmigungen, sonst vier Wochen nach der Vorlage an die Aufsichtsbehörde nach § 21 Abs. 1 bekannt gemacht.

§ 21 Deckung des Finanzbedarfs; Umlegungsschlüssel

- (1) Der Zweckverband erhebt von den Wasserabnehmern Gebühren und Beiträge nach den Vorschriften des Kommunalabgabenrechts.
Soweit die Einnahmen des Zweckverbandes nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband eine Umlage.
- (2) Der durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf für die Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Wasserversorgungsanlage wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Investitionsumlage). Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der im Gebiet der Verbandsmitglieder an die Wasserversorgungseinrichtung des Zweckverbandes angeschlossenen Abnehmer.
- (3) Der durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckte laufende Finanzbedarf wird auf die Verbandsmitglieder umgelegt (Betriebskostenumlage). Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der im Gebiet der Verbandsmitglieder an die Wasserversorgungseinrichtung des Zweckverbandes angeschlossenen Abnehmer.
- (4) Der Zweckverband rechnet den bei ihm entstandenen Aufwand an Personal- und Sachkosten für die Aufgaben nach § 4a mit dem Markt Isen ab. Hierzu wird eine Sonderumlage erhoben. Auf diese Sonderumlage erfolgen Abschlagszahlungen, die mit einem Viertel ihrer Jahresbeträge am 10. jedes ersten Quartalmonats fällig werden. Zum Ende eines Quartals erfolgt eine Zwischenabrechnung entsprechend § 21 Abs. 4, soweit die Daten bereits vorhanden sind. Nach Abschluss eines Kalenderjahres erfolgt eine Endabrechnung der Sonderumlage nach tatsächlichen Kosten entsprechend § 21 Abs. 4 bis zum 30. Januar des Folgejahres. Die Vorauszahlungsbeträge können jederzeit nach beiderseitigem Einvernehmen nach Notwendigkeit angepasst werden.
Basis der Abrechnung sind
 - a) Einsatzstunden der einzelnen Zweckverbandsbeschäftigten nach Aufzeichnung,
 - b) Personalkosten entsprechend der Kalkulation des Wasserzweckverbandes
 - c) Maschinen- und Gerätekosten (s.u.)
 - d) Schulungs- und Fortbildungskosten inkl. einer ggf. erforderlichen Ausbildung zur Fachkraft für Wasserversorgungstechnik,

- e) Projektbezogene Kosten
- f) der technischen Betriebsführung unmittelbar zuzuordnende Kosten.

Die Abrechnungen werden innerhalb von 14 Tagen fällig.

Bei der Abrechnung der Sonderumlage sind die entsprechenden Nachweise (z.B. Kopien der Rechnungen, Stundenaufzeichnungen usw.) vorzulegen. Zudem ist anzugeben:

- a) Abrechnungen zu § 4a Abs. 2 Buchstabe a „Versorgungsnetz“ werden für jede Maßnahme separat mit Begründung und entsprechenden Planunterlagen sowie ggf. Zeichnungen vorgelegt, sofern diese vermögenswirksam sind.
- b) Abrechnungen zu § 4a Abs. 2 Buchstabe f „Hausanschlüsse“ werden für jede Maßnahme separat mit Begründung und entsprechenden Planunterlagen sowie ggf. Zeichnungen vorgelegt, sofern diese vermögenswirksam sind. Ab einem Sanierungsanteil größer als 50 % werden diese Maßnahmen immer als vermögenswirksam beurteilt.
- c) Kosten für Maßnahmen, für die Vereinbarungen nach § 4 Abs. 3 oder § 9 Abs. 3 WAS des Marktes Isen abgeschlossen werden, werden in der Abrechnung separat ausgewiesen.
- d) Abrechnungen zu § 4 a Abs. 2 Buchstabe b „Infrastruktur“ werden für jede Maßnahme oder Veränderung der technischen Anlagen separat mit Begründung vorgelegt, sofern diese vermögenswirksam sind.

Die Mitarbeiter des Zweckverbandes bestellen Material im Namen und auf Rechnung des Marktes Isen. Die Rechnungen werden direkt vom Markt Isen bezahlt. Lieferscheine etc. werden geprüft an den Markt Isen weitergegeben.

Material, das aus den Beständen des Zweckverbandes für die Wasserversorgung des Marktes Isen verwendet wird, wird zu den Einkaufspreisen gemäß der Inventurliste an den Markt Isen weiterverrechnet mit der Abrechnung zum jeweiligen Quartal.

Für die Kosten von Geräten und Maschinen, die vom Wasserzweckverband beschafft und im Zuge des Betriebsübergangs auch mitgenutzt werden, wird jährlich eine Pauschale erhoben, welche gegebenenfalls nach beiderseitigem Einvernehmen festgelegt wird. Sofern eine Anschaffung durch den Markt Isen auf Dauer wirtschaftlicher ist, soll dies vorab geprüft werden.

Die Regelungen zu den Abrechnungen werden jährlich überprüft und können im beiderseitigen Einverständnis angepasst werden. Ebenso findet einmal jährlich eine gemeinsame Besprechung zur Planung der Haushalte statt.

§ 22 Festsetzung und Zahlung der Umlage

- (1) Die Investitionsumlage und die Betriebskostenumlage werden in der Haushaltssatzung für jedes Wirtschaftsjahr neu festgesetzt. Sie können nur während des Wirtschaftsjahres durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden.
- (2) Bei der Festsetzung der Investitionsumlage ist anzugeben:
 - a) die Höhe des durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarfs für die Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Wasserversorgungsanlage (Umlagesoll);
 - b) die Anzahl der Wasserabnehmer eines jeden Verbandsmitgliedes (Bemessungsgrundlage);
 - c) der einem Wasserabnehmer entsprechende Teil der Investitionsumlage (Umlagesatz);
 - d) die Höhe des Investitionsumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied.
- (3) Bei der Festsetzung der Betriebskostenumlage ist anzugeben:
 - a) die Höhe des durch Gebühren, Beiträge und sonstige Einnahmen nicht gedeckten laufenden Finanzbedarfs (Umlagesoll);
 - b) die Gesamtzahl der Wasserabnehmer im vorletzten Jahr (Bemessungsgrundlage);
 - c) der Betriebskostenumlagebetrag, der auf einen Wasserabnehmer im vorletzten Jahr trifft (Umlagesatz);
 - d) die Höhe des Betriebskostenumlagebetrages für jedes Verbandsmitglied.

- (4) Die Umlagebeträge sind den einzelnen Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen (Umlagebescheid).
- (5) Die Investitionsumlage und die Betriebskostenumlage werden mit einem Viertel ihrer Jahresbeträge am 10. jedes dritten Quartalmonats fällig.
- (6) Ist die Investitionsumlage oder die Betriebskostenumlage bei Beginn des Rechnungsjahres noch nicht festgesetzt, so kann der Zweckverband bis zur Festsetzung vorläufige vierteljährliche Teilbeträge in Höhe der im abgelaufenen Rechnungsjahr zuletzt erhobenen Teilbeträge erheben.
Nach Festsetzung der Umlage für das laufende Rechnungsjahr ist über die vorläufigen Zahlungen zum nächsten Fälligkeitszeitpunkt abzurechnen.

§ 23 Kassenverwaltung

Der/die Kassenverwalter/in wird von der Verbandsversammlung bestellt. Er/sie darf Zahlungen nicht selbst anordnen. Die Kassengeschäfte des Zweckverbandes werden am Ort der Geschäftsstelle geführt.

§ 24 Jahresabschluss, Prüfung

- (1) Der Verbandsvorsitzende legt den Jahresabschluss der Verbandsversammlung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres vor.
- (2) Der Jahresabschluss sollte vom Rechnungsprüfungsausschuss binnen drei Monaten örtlich geprüft werden. Der Rechnungsprüfungsausschuss ist aus der Mitte der Verbandsversammlung zu bilden. Er besteht aus mindestens 2 Verbandsräten.
- (3) Nach der örtlichen Prüfung wird der Jahresabschluss von der Verbandsversammlung festgestellt.
- (4) Überörtliches Prüfungsorgan ist die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes Mühldorf am Inn.
- (5) Aufgrund des Ergebnisses der überörtlichen Rechnungsprüfung beschließt die Verbandsversammlung endgültig über die Anerkennung des Jahresabschlusses.
- (6) Die Verbandsversammlung kann durch Beschluss jederzeit eine Prüfung eines oder mehrerer Jahresabschlüsse gem. § 25 EBV durch einen Wirtschaftsprüfer oder einem Wirtschaftsprüfungsinstitut durchführen lassen.

IV. Schlussbestimmungen

§ 25 Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Die Satzungen und Verordnungen des Zweckverbandes werden im Amtsblatt des Zweckverbandes bekanntgemacht. Die Verbandsmitglieder weisen in der für die Bekanntmachung ihrer Satzung vorgesehenen Form auf diese Bekanntmachung hin. Die Satzungen und Verordnungen können in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes eingesehen werden.
- (2) Sonstige öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes sind in ortsüblicher Weise vorzunehmen. Die Aufsichtsbehörde kann darüber hinaus eine Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Mühldorf am Inn anordnen.

§ 26 Besondere Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde

- (1) Abweichend von § 7 Abs. 1 wird die Verbandsversammlung zu ihrer ersten Sitzung von der Aufsichtsbehörde einberufen. Die Aufsichtsbehörde kann die Verbandsversammlung auch einberufen, wenn der Vorsitzende und seine Stellvertreter verhindert sind und die Tagung der Verbandsversammlung unaufschiebbar ist.
- (2) Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern, wenn sie sich gleichgeordnet gegenüberstehen, und bei Streitigkeiten der Mitglieder des Zweckverbandes untereinander aus dem Verbandsverhältnis ist die Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 27 Auflösung

- (1) Die Auflösung des Zweckverbandes bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl in der Verbandsversammlung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Auflösung ist wie diese Verbandssatzung bekanntzumachen.
- (2) Findet eine Abwicklung statt, so haben die beteiligten Gemeinden das Recht, die auf ihrem Gebiet gelegenen Gegenstände des Anlagevermögens zum geschätzten Zeitwert zu übernehmen. Im Übrigen ist das Vermögen nach Befriedigung der Gläubiger an die Verbandsmitglieder unter Anrechnung der übernommenen Gegenstände nach dem Verhältnis der von ihnen insgesamt entrichteten Investitionsumlagebeträge zu verteilen. Soweit das Vermögen die entrichteten Investitionsumlagebeträge übersteigt, darf es nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden.
- (3) Scheidet ein Verbandsmitglied aus dem Zweckverband aus, ohne dass dadurch der Zweckverband aufgelöst wird, so wird es mit dem Betrag abgefunden, den es bei der Auflösung erhalten würde, wenn der Zweckverband zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aufgelöst werden würde. Es hat das Recht, die auf seinem Gebiet gelegenen Gegenstände des Anlagevermögens unter Anrechnung auf seinen Abfindungsanspruch zum geschätzten Zeitwert zu übernehmen. Der Abfindungsanspruch wird 5 Jahre nach dem Ausscheiden, spätestens im Fall der Auflösung des Zweckverbandes fällig. Die Beteiligten können für die Berechnung und Fälligkeit des Abfindungsanspruchs eine abweichende Regelung vereinbaren.

§ 27 a Rückgabe der technischen Betriebsführung - Übergangsregelung

Sollte die technische Betriebsführung nach § 4a an den Markt Isen zurückgegeben werden, ist hierfür eine Übergangsregelung erforderlich. Nach Entscheidung des Zweckverbandes über die Rückgabe und entsprechender Änderung bzw. Neufassung dieser Satzung übt der Zweckverband die technische Betriebsführung nach § 4a ab Veröffentlichung der Satzungsänderung bzw. der neuen Satzung für weitere sechs Monate gemäß den Vorgaben dieser Satzung aus. Nach Ablauf der sechs Monate endet die Tätigkeit des Zweckverbandes mit allen Rechten und Pflichten. Geräte und Fahrzeuge im Eigentum des Marktes Isen sind nach Ablauf der sechs Monate an den Markt zurückzugeben. Eine frühere Beendigung der technischen Betriebsführung ist in beiderseitigem Einverständnis möglich.

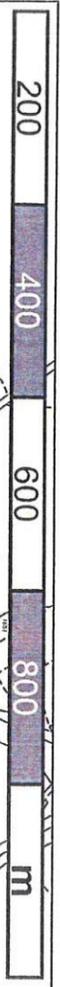
§ 28 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Verbandssatzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 02.05.2022 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 21 vom 02.05.2022 des Landkreises Mühldorf a. Inn) außer Kraft.

Maitenbeth, den 08.12.2022

Zweckverband zur Wasserversorgung der Mittbachgruppe


Thomas Stark
1. Vorsitzender



Maßstab 1:10000
19.10.2018

